



Stadt Kamen

Niederschrift

Rat

über die
6. Sitzung des Rates
am Donnerstag, dem 08.12.2022
in der Kamener Stadthalle

Beginn: 16:05 Uhr
Ende: 19:45 Uhr

Anwesend

Bürgermeisterin
Frau Elke Kappen

SPD

Herr Mehmet Akca
Herr Denis Aschhoff
Frau Alexandra Bartosch
Herr Joachim Eckardt
Frau Carina Feige
Herr Daniel Heidler
Herr Peter Holtmann
Herr Klaus Kasperidus
Frau Christiane Klanke
Herr Gökçen Kuru
Frau Brigitte Langer
Frau Elena Liedtke
Frau Jutta Maeder
Herr Bastian Nickel
Herr Lucas Sklorz
Frau Ulrike Skodd
Herr Theodor Wältermann
Herr Manfred Wiedemann

CDU

Herr Ralf Eisenhardt
Herr Rainer Fuhrmann
Frau Rosemarie Gerdes
Herr Stefan Helmken
Herr Wilhelm Kemna
Herr Heinrich Kissing
Herr Ralf Langner
Frau Susanne Middendorf
Herr Oliver Romeo

Herr Andreas Sude
Herr Dietmar Wünnemann

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Michael Brauckmann
Frau Anke Dörlemann
Frau Sandra Heinrichsen
Frau Manuela Laßen
Herr Marian-Rouven Madeja
Frau Anke Schneider

DIE LINKE / GAL

Herr Klaus-Dieter Grosch
Frau Ruthild Lindemann-Opfermann

FW Kamen

Herr Dirk Externbrink
Herr Dennis Kobus

FDP

Herr Alfred Mallitzky

fraktionslos

Herr Ulrich Lehmann
Herr Timon Lütschen

Ortsvorsteher

Herr Ulrich Klein
Herr Friedhelm Lipinski
Herr Max Pasalk
Herr Hans-Jürgen Senne

Verwaltung

Frau Julia Freundl
Herr Dietmar Lerch
Herr Dr. Uwe Liedtke
Frau Ingelore Peppmeier
Frau Hanna Schulze
Herr Christian Völkel
Herr Christoph Watolla

Personalrat

Herr Frank Richard

Entschuldigt fehlten

Herr Oliver Bartosch
Herr Michael Bierhoff
Frau Sarah Grüneberg
Frau Christina Kollmann
Frau Nadine Pasalk
Frau Helga Pszolka
Herr Oliver Syperek
Frau Alexandra Werthmann

Die Bürgermeisterin, Frau **Kappen**, begrüßte die Ratsmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung und die Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Im Rahmen einer Schweigeminute gedachte der Rat vor Eintritt in die Tagesordnung dem am 28.11.2022 verstorbenen ehemaligen Ratsherrn Udo Theimann. Hierzu erhoben sich die Anwesenden von ihren Plätzen. Bürgermeisterin Kappen würdigte das langjährige Engagement von Herrn Theimann im Rat und in den Ausschüssen der Stadt Kamen.

Einvernehmlich wurde die Redezeit zur Haushaltssatzung für das Jahr 2023 auf 10 Minuten verlängert.

Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Umbesetzung von Ausschüssen	139/2022
3	Neuordnung der Schiedsamtsbezirke im Stadtgebiet Kamen	142/2022
4	Wiederwahl eines Schiedsmannes und eines stellvertretenden Schiedsmannes	143/2022
5	Gebührenkalkulation Friedhofs- und Bestattungswesen der Stadt Kamen	124/2022
6	Neunte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Kamen über die Erhebung von Standgeld für Wochenmärkte und Volksfeste (Kirmessen) – Standgeldsatzung -	128/2022
7	Fünfte Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren der Stadt Kamen	121/2022
8	Sechste Satzung zur Änderung der Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Kamen	122/2022
9	Siebte Satzung zur Änderung der Satzung für den Rettungsdienst der Städte Kamen und Bergkamen sowie der Gemeinde Bönen	123/2022
10	5. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entsorgung des Inhaltes von Grundstücksentwässerungsanlagen	131/2022
11	Neufassung der Abwassersatzung der Stadt Kamen	132/2022
12	Neunzehnte Satzung zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Abwassersatzung der Stadt Kamen	134/2022
13	Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes "Stadtentwässerung Kamen" für das Wirtschaftsjahr 2023 und die Finanzplanung für die Jahre 2022 - 2026	133/2022

14	Finanzierung der Geh- und Fahrradwegsanierung im DSK- und anderen Reparaturverfahren in 2022	130/2022
15	Stellenplan für das Haushaltsjahr 2023	140/2022
15.1	Stelle eines/einer Migrationsbeauftragten hier: Sachantrag der Fraktion DIE LINKE./GAL	
16	Haushaltssatzung für das Jahr 2023	141/2022
16.1	Verzicht auf Sondernutzungsgebühren für die Nutzung städtischer Verkehrsflächen für Gastronomie und Einzelhandel hier: Sachantrag der SPD-Fraktion	
17	Flächenphotovoltaik in Kamen hier: gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und CDU	
17.1	Sachantrag der Fraktion B90/Die Grünen	
18	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Herr Gunther **Heuchel**, wohnhaft Schmiedeweg 13 in Kamen, regte hinsichtlich seiner Bürgeranregung „Radfahrer frei“ an, zwei Schilder - am Feldweg entlang am Afferder Weg sowie auf der Wasserkurler Straße - zu entfernen.

Frau **Schulze** sagte eine Prüfung sowie eine schriftliche Mitteilung zu.

Des Weiteren teilte Herr **Heuchel** mit, dass die Fußgängerübergänge an den Kreisverkehren nicht ordnungsgemäß beschildert seien.

Frau Bürgermeisterin **Kappan** sagte eine Überprüfung zu.

Zu TOP 2.
139/2022

Umbesetzung von Ausschüssen

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt nachfolgende Umbesetzungen:

<u>Planungs- und Stadtentwicklungs-</u> <u>ausschuss</u>	<u>bisher</u>	<u>neu</u>
stellv. Mitglied	Werner Hübel	Elisabeth Wennekers-Stute

Abstimmungsergebnis: Einstimmig angenommen

Zu TOP 3.
142/2022

Neuordnung der Schiedsbezirke im Stadtgebiet Kamen

Beschluss:

1. Die Schiedsbezirke im Stadtgebiet Kamen werden neu geordnet und von bisher 6 auf 4 Schiedsbezirke reduziert:
 - der bisherige Bezirk 6 und Teile des Bezirks 2 werden zusammengefasst zu einem gemeinsamen Bezirk 1 (Heeren-Werve, Rottum und Derne).
 - der bisherige Bezirk 3 und Teile der Bezirke 1 und 2 werden zusammengefasst zu einem gemeinsamen Bezirk 2 (Kamen-Mitte, östlicher Bereich und Teile von Kamen-Süd).
 - der bisherige Bezirk 4 und Teile des Bezirks 1 werden zusammengefasst zu einem gemeinsamen Bezirk 3 (Kamen-Mitte, westlicher Bereich und Südkamen).
 - der bisherige Bezirk 5 wird ohne Veränderung umbenannt in Bezirk 4 (Methler).
2. Für die Schiedspersonen gilt folgende Vertretungsregelung:
 - Bezirk 1 vertritt Bezirk 2
 - Bezirk 2 vertritt Bezirk 1
 - Bezirk 3 vertritt Bezirk 4
 - Bezirk 4 vertritt Bezirk 3
3. Die Umstrukturierung erfolgt mit dem Ablauf der Amtszeit der Schiedspersonen Baumann und Stoverock zum 31.12.2022.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig angenommen

Zu TOP 4.
143/2022

Wiederwahl eines Schiedsmannes und eines stellvertretenden Schiedsmannes

Beschluss:

1. Folgender Schiedsmann wird wiedergewählt:
Bezirk 4: Herr Wolfgang Stoverock, In der Delle 12, 59174 Kamen
2. Folgender stellvertretender Schiedsmann wird wiedergewählt:
Bezirk 3: Herr Wolfgang Stoverock, In der Delle 12, 59174 Kamen
3. Den sich noch im Amt befindenden Schiedsmännern wird aufgrund der Neuordnung der Schiedsbezirke im Bereich der Stadt Kamen folgende Bezirke übertragen:
Bezirk 1: Herr Klaus Peter Cornelius, Zum Mühlbach 20, 59174 Kamen
Bezirk 2: Herr Klaus Gube, Fritz-Erler-Str. 41, 59174 Kamen
Bezirk 3: Herr Achim Döring, Lüner Höhe 28 b, 59174 Kamen
4. Die Stellvertretung wird aufgrund der Neuordnung der Schiedsbezirke im Stadtgebiet Kamen wie folgt geregelt:
Bezirk 1: Herr Klaus Gube, Fritz-Erler-Str. 41, 59174 Kamen
Bezirk 2: Herr Klaus Peter Cornelius, Zum Mühlbach 20, 59174 Kamen
Bezirk 4: Herr Achim Döring, Lüner Höhe 28 b, 59174 Kamen

Abstimmungsergebnis:

zu 1: Einstimmig angenommen

zu 2: Einstimmig angenommen

zu 3:

Bezirk: 1: Einstimmig angenommen

Bezirk: 2: Einstimmig angenommen

Bezirk: 3: Einstimmig angenommen

zu 4:

Bezirk: 1: Einstimmig angenommen

Bezirk: 2: Einstimmig angenommen

Bezirk: 4: Einstimmig angenommen

Zu TOP 5.
124/2022

Gebührenkalkulation Friedhofs- und Bestattungswesen der Stadt Kamen

Für die SPD-Fraktion erläuterte Herr **Heidler** die Zustimmung zu den jeweiligen Gebührenhaushalten (*Redebeitrag - siehe Anlage 1 zur Niederschrift*).

Herr **Eisenhardt** schloss sich den Ausführungen von Herrn Heidler an und erklärte für die CDU-Fraktion die Zustimmung. Er ging auf die Besonderheiten der verschiedenen Gebührenhaushalte ein.

Beschluss:

Die vorgelegte Gebührenkalkulation für das Jahr 2023 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig angenommen

Zu TOP 6.
128/2022

Neunte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Kamen über die Erhebung von Standgeld für Wochenmärkte und Volksfeste (Kirmessen) – Standgeldsatzung -

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt die vorgelegte „Neunte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Kamen über die Erhebung von Standgeld für Wochenmärkte und Volksfeste (Kirmessen) – Standgeldsatzung – “.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig angenommen

Zu TOP 7.
121/2022

Fünfte Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren der Stadt Kamen

Beschluss:

1. Die als Anlage vorgelegte „Fünfte Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) der Stadt Kamen“ und die dieser Gebührensatzung zu Grunde liegende Gebührenkalkulation wird beschlossen.
2. Die Straße „Kiebitzweg“ in Kamen-Methler wird in das Straßenverzeichnis (Anlage zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren) Teil A, Straßen, bei denen neben den Gehwegen auch die Fahrbahnen von den Anliegern zu reinigen sind, eingefügt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig angenommen

Zu TOP 8.
122/2022

Sechste Satzung zur Änderung der Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Kamen

Beschluss:

Die als Anlage vorgelegte "Sechste Satzung zur Änderung der Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Kamen" und die dieser Gebührensatzung zu Grunde liegende Gebührenbedarfsberechnung werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig angenommen

Zu TOP 9.
123/2022

Siebte Satzung zur Änderung der Satzung für den Rettungsdienst der Städte Kamen und Bergkamen sowie der Gemeinde Bönen

Beschluss:

Die vorgelegte „Siebte Satzung zur Änderung der Satzung für den Rettungsdienst der Stadt Kamen, der Stadt Bergkamen und der Gemeinde Bönen“ und die dieser Gebührensatzung zu Grunde liegende Gebührenbedarfskalkulation werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig angenommen

Zu TOP 10.
131/2022

5. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entsorgung des Inhaltes von Grundstücksentwässerungsanlagen

Beschluss:

Der Rat beschließt die vorgelegte „5. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entsorgung des Inhaltes von Grundstücksentwässerungsanlagen der Stadt Kamen“ und billigt die dieser Satzung zugrunde liegende Gebührenbedarfsberechnung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig angenommen

Zu TOP 11.
132/2022

Neufassung der Abwassersatzung der Stadt Kamen

Beschluss:

Der Rat beschließt die vorgelegte Neufassung der Abwassersatzung der Stadt Kamen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig angenommen

Zu TOP 12.
134/2022

Neunzehnte Satzung zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Abwassersatzung der Stadt Kamen

Beschluss:

Der Rat beschließt die vorgelegte „19. Satzung zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Abwassersatzung der Stadt Kamen“ und billigt die dieser Satzung zugrunde liegende Gebührenbedarfsberechnungen. Der Beschluss erfolgt vorbehaltlich der Zustimmung des Landtages zum zweiten Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften (Gesetzentwurf LRg Drucksache 18/997 21.09.2022 25 S.).

Abstimmungsergebnis: Einstimmig angenommen

Zu TOP 13.
133/2022

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes "Stadtentwässerung Kamen" für das Wirtschaftsjahr 2023 und die Finanzplanung für die Jahre 2022 - 2026

Herr **Helmken** dankte ausdrücklich Herrn Neuhaus sowie den Mitarbeitern der Stadtentwässerung für die gute Arbeit.

Herr **Heidler** schloss sich dem Dank an. Er begrüßte die solide Basis sowie die daraus resultierende Gewinnabführung an die Stadt und somit auch für die Bürgerinnen und Bürger.

Beschluss:

Der Rat beschließt den vorgelegten Entwurf des Wirtschaftsplanes des Eigenbetriebes Stadtentwässerung Kamen für das Wirtschaftsjahr 2023 sowie den Entwurf der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung für die Wirtschaftsjahre 2022 - 2026.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig angenommen

Zu TOP 14.
130/2022

Finanzierung der Geh- und Fahrradwegsanierung im DSK- und anderen Reparaturverfahren in 2022

Herr **Eisenhardt** erinnerte rückblickend an einen Beschluss zur Finanzierung der Geh- und Fahrradwege, der auf einen Antrag der CDU-Fraktion zurückzuführen sei. Zudem verdeutlichte er, dass man die Aufteilung des Verkehrsraums auch zukünftig besonders zu betrachten habe.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt, der Stadt Kamen aus dem Gewinnvortrag der Stadtentwässerung Kamen einen Betrag in Höhe von bis zu 180.000 € zur Deckung der zusätzlich notwendigen Kosten zur Sanierung der Geh- und Fahrradwege in 2022 gemäß der Ratsbeschlüsse zum Programm für die Reparatur von Straßen, Geh- und Fahrradwegen im DSK- und anderen Reparaturverfahren zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis: Bei 1 Gegenstimme mehrheitlich angenommen

Zu TOP 15.
140/2022

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2023

Für die SPD-Fraktion begründete Frau **Klanke** die Zustimmung zum Stellenplan (*siehe Redebeitrag – Anlage 2 der Niederschrift*).

Herr **Langner** erläuterte für die CDU-Fraktion die Zustimmung zum Stellenplan (*siehe Redebeitrag – Anlage 3 der Niederschrift*).

Herr **Grosch** begründete für die Fraktion Die Linke/GAL die Zustimmung des vorgelegten Stellenplans (*siehe Redebeitrag – Anlage 4 der Niederschrift*).

Für die Fraktion Freie Wähler erläuterte Herr **Externbrink** die Ablehnung zum Stellenplan (*siehe Redebeitrag – Anlage 5 der Niederschrift*).

Für die Fraktion B90/Die Grünen teilte Frau **Heinrichsen** die Zustimmung zum Stellenplan mit (*siehe Redebeitrag – Anlage 6 der Niederschrift*).

Herr **Mallitzky** dankte den Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Er teile die Bedenken der CDU-Fraktion hinsichtlich der Personalkosten. Seine Fraktion werde dem Stellenplan zustimmen.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt jede freiwerdende Stelle vor einer evtl. Wiederbesetzung auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen. Dabei muss beurteilt werden, ob die Aufgaben der betreffenden freiwerdenden Stelle durch organisatorische Maßnahmen mit weniger Personalaufwand bewältigt werden können, bzw. ob eine Besetzung der Stelle mit einer niedrigeren Besoldungs- oder Entgeltgruppe in Betracht kommt.
2. Dem vorgelegten Stellenplan 2023 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: Bei 2 Enthaltungen und 1 Gegenstimme mehrheitlich angenommen

Zu TOP 15.1.

Stelle eines/einer Migrationsbeauftragten
hier: Sachantrag der Fraktion DIE LINKE./GAL

Frau **Lindemann-Opfermann** erläuterte den Antrag ihrer Fraktion.

Herr **Heidler** sehe in dem Antrag einen guten Ansatz, allerdings fehle seiner Fraktion die nötige Beratungszeit. Es müsse gemeinsam überlegt werden, wie Bündelungen von Aufgaben und Rahmenbedingungen umgesetzt werden sollen. Er schlug der Fraktion DIE LINKE./GAL vor, den Antrag zurückzustellen, da eine Stellenaufstockung auch unterjährig möglich sei.

Auch die CDU-Fraktion habe keine Beratungszeit für den Sachantrag gehabt, so Herr **Eisenhardt**. Der Stellenplanentwurf sehe eine solche Stelle nicht vor, zudem gebe es 2 neue Fallmanager, die sich bereits dem Integrationsrat vorgestellt hätten. Er schlug einen Prüfauftrag an die Verwaltung vor, das Ergebnis soll zeitnah im Haupt- und Finanzausschuss vorgestellt werden.

Frau **Lindemann-Opfermann** entgegnete, dass es in einigen Nachbarstädten bereits Migrationsbeauftragte gebe. Sie wünsche sich eine Kooperation mit den verschiedenen Organisationen.

Die FDP-Fraktion begrüße den Antrag, so Herr **Mallitzky**. Nach Verabschiedung des Integrationskonzeptes sei die Einstellung eines/einer Migrationsbeauftragten ein logischer Schritt.

Frau **Schneider** teilte mit, dass die Fraktion B90/DIE GRÜNEN dem Beschlussvorschlag bereits am heutigen Tage zustimmen könne und verwies auf die Begründung im Antrag.

Frau **Klanke** fasste für die SPD-Fraktion zusammen, dass sowohl hinsichtlich der Aufgabenstruktur und Bewertung einer solchen Stelle interner Beratungsbedarf bestehe.

Zu den Ausführungen von Frau Lindemann-Opfermann entgegnete Herr **Eisenhardt**, dass es Überschneidungen zu den Aufgaben des Fallmanagers gebe. Daher bat er, den Antrag in einen Prüfauftrag an die Verwaltung umzuwandeln.

Herr **Romeo** hielt es für fraglich, ob eine doppelte Stellenbesetzung mit Kompetenzüberschneidung sinnvoll sei.

In Hinblick auf das Integrationskonzept werde ein/e Migrationsbeauftragte/r benötigt, um alle notwendigen Aufgaben erledigen zu können, so Herr **Kuru**. Daher begrüße er den Antrag.

Die **Bürgermeisterin** erläuterte den Unterschied der Aufgaben zwischen den eingerichteten KIM-Stellen und eines Migrationsbeauftragten. Sie schlug vor, für den nächsten Haupt- und Finanzausschuss eine Stellenbeschreibung vorzubereiten um daraufhin zu entscheiden, ob ein/e Migrationsbeauftragte/r unterjährig eingestellt werden soll.

Herr **Kobus** begrüßte den Vorschlag der Verwaltung.

Auch die Fraktion DIE LINKE./GAL halte den Vorschlag der Verwaltung für sinnvoll, so Herr **Grosch**. Daher werde seine Fraktion den Antrag zurückstellen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine umfassende Stellenbeschreibung für einen Migrationsbeauftragten den Haupt- und Finanzausschuss in seiner nächsten Sitzung vorzubereiten und zur Beratung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: Bei 1 Enthaltung einstimmig angenommen

Zu TOP 16.
141/2022

Haushaltssatzung für das Jahr 2023

Für die SPD-Fraktion erläuterte Herr **Heidler** die Zustimmung zum Haushalt (*Redebeitrag - siehe Anlage 7 zur Niederschrift*).

Herr **Eisenhardt** erklärte für die CDU-Fraktion die Zustimmung zum Haushalt (*Redebeitrag - siehe Anlage 8 zur Niederschrift*).

Für die Fraktion B90/Die Grünen erläuterte Frau **Dörlemann** die Zustimmung zum Haushalt (*Redebeitrag – siehe Anlage 9 der Niederschrift*).

Herr **Lehmann** zeigte die Gründe für die Ablehnung des Haushalts auf (*Redebeitrag - siehe Anlage 10 zur Niederschrift*).

Für die Fraktion Freie Wähler begründete Herr **Kobus** die Ablehnung zum Haushalt (*Redebeitrag – siehe Anlage 11 der Niederschrift*).

Herr **Mallitzky** erklärte für die FDP-Fraktion die Ablehnung zum Haushalt (*Redebeitrag - siehe Anlage 12 zur Niederschrift*).

Für die Fraktion Die LINKE./GAL bewertete Herr **Grosch** die Zustimmung zum Haushalt (*Redebeitrag – siehe Anlage 13 der Niederschrift*).

Im Anschluss an die Reden kritisierte Herr **Eisenhardt** die argumentationslose Ablehnung der Fraktionen FDP und Freie Wähler zum Haushalt. Sachanträge zum Haushalt seien wünschenswert, damit eine politische Diskussion möglich sei. Das Thema Klimaschutz sei kein Alleinstellungsmerkmal der Fraktion B90/Die Grünen merkte Herr Eisenhardt an.

Herr **Kobus** wertete die Ausführungen von Herrn Eisenhardt als Unterstellung gegenüber seiner Fraktion.

Herr **Heidler** erläuterte, dass bei Ablehnung des Haushaltes keine neuen Projekte möglich seien. Der Rat habe eine Verantwortung den Bürgern gegenüber.

Bei Ablehnung des Haushaltes sei eine Nachbesserung innerhalb einer Frist möglich, entgegnete Frau **Schneider**. Es handele sich lediglich um eine Zeitverzögerung. Sie kritisierte die Ausführung von Herrn Eisenhardt.

Frau **Heinrichsen** ergänzte, dass ein Diskurs erwünscht sei.

Herr **Grosch** erinnerte, dass die CDU-Fraktion jahrelang gegen den Haushalt gestimmt hatte, ohne einen eigenen Sachantrag einzubringen.

Herr **Eisenhardt** erwiderte, dass es keine Verpflichtung sei, dem Haushalt zuzustimmen. Allerdings seien die Gründe zur Ablehnung nicht ersichtlich.

Beispiele, warum es in Kamen so nicht weitergehen könne, seien vorgetragen worden, so Herr **Mallitzky**.

Herr **Lehmann** forderte, den Haushalt zukünftig eher einzubringen, um mehr Beratungszeit zu haben.

Die **Bürgermeisterin** merkte an, dass eine frühere Einbringung zeitlich kaum möglich sei und ein Zeitfenster von 4 Wochen ausreichend sein müsse. Zu den Ausführungen von Frau Schneider wandte sie ein, dass ein abgelehnter Haushalt die Handlungsfähigkeit von Rat und Verwaltung enorm einschränke.

Die Sitzung wurde von 18.58 Uhr bis 19:08 Uhr für eine Pause unterbrochen.

Beschluss:

Die Haushaltssatzung 2023 mit ihren Anlagen wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: bei 4 Gegenstimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen

Zu TOP 16.1.

Verzicht auf Sondernutzungsgebühren für die Nutzung städtischer Verkehrsflächen für Gastronomie und Einzelhandel
hier: Sachantrag der SPD-Fraktion

Herr **Heidler** erläuterte den Antrag seiner Fraktion. Insbesondere sei eine mittelfristige Planung bis 2026 wichtig.

Die FDP-Fraktion begrüße prinzipiell den Antrag, so Herr **Mallitzky**. Er fragte, warum ein Verzicht auf Sondernutzungsgebühren zunächst nicht bis 2024 befristet werde.

Auch die Fraktion Freie Wähler unterstütze den Antrag, so Herr **Kobus**. Er schloss sich dem Vorschlag von Herrn Mallitzky an und bat um Prüfung.

Herr **Heidler** entgegnete, dass der Zeitraum analog zum Finanzplan gewählt worden sei, um dem Einzelhandel Planungssicherheit zu ermöglichen.

Für die CDU-Fraktion sei der Verzicht ein kleines Wirtschaftsförderungspaket teilte Herr **Eisenhardt** mit. Es fördere die Belebung der Innenstadt, daher sei ein Zeitraum von einem Jahr zu kurz. Dies benötige eine vernünftige Planungssicherheit.

Frau **Schneider** merkte an, dass dies im Widerspruch zu einem freiwilligen Haushaltssicherungskonzept stehe.

Herr **Grosch** erinnerte daran, dass zunächst der Verzicht auf Sondernutzungsgebühren jährlich entschieden werden sollte. Nun stehe eine Planung bis 2026 an. Er schlug einen Kompromiss bis zum Jahr 2024 vor.

Das Für und Wider sei in der Fraktion diskutiert worden, so Herr **Heidler**. Aufgrund der Planungssicherheit befürworte seine Fraktion einen Gebührenverzicht bis zum Jahr 2026.

Herr **Kobus** sehe die Unterstützung der Wirtschaft positiv, spreche sich aber auch für einen Zeitraum bis 2024 aus.

Herr **Mallitzky** erklärte, dass es für die Gastronomie ein Signal sei und sprach sich daher hinsichtlich der Außenwirkung für eine einstimmige Abstimmung aus.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt, dass die Stadt Kamen bis einschließlich 2026 auf Sondernutzungsgebühren für die Nutzung städtischer Verkehrsflächen für Gastronomie und Einzelhandel verzichtet.

Abstimmungsergebnis: Bei 1 Enthaltung einstimmig angenommen

Zu TOP 17.

Flächenphotovoltaik in Kamen
hier: gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und CDU

Herr **Heidler** und Herr **Eisenhardt** erläuterten den gemeinsamen Antrag ihrer Fraktionen.

Die FDP-Fraktion begrüße den Antrag, so Herr **Mallitzky**. Er gab zu Bedenken, dass es sich um eine Freifläche handele. Bei öffentlichen Gebäuden ohne Photovoltaik fehlten die statischen Berechnungen, er bat um Beschleunigung.

Herr **Kobus** halte die Freifläche am Schwimmbad für zu kurz gegriffen und verwies auf die Fragen der Fraktion B90/Die Grünen. Der Antrag sowie der Sachantrag seien begrüßenswert.

Herr **Heidler** informierte über die Potentialstudie des Landes für Windenergienutzung und Flächenphotovoltaik.

Herr **Madeja** verwies auf den Vortrag des RVR im letzten Umwelt- und Klimaschutzsausschuss.

Aufgrund des hohen Baumbestands auf der Fläche am Freibad bat Frau **Dörlemann** um entsprechende Prüfung.

Herr **Kissing** entgegnete, dass häufig Zielkonflikte bei der Nutzung von Flächen entstünden. Er informierte, dass Verwaltungen zukünftig gesetzlich verpflichtet seien, kommunale Wärmepläne aufzustellen.

Herr **Aschhoff** informierte über das Standardverfahren für Photovoltaikanlagen auf Dachflächen und dass weitere Möglichkeiten genutzt und geprüft werden müssten.

Herr **Mallitzky** hielt es für sinnvoll, dort Strom zu erzeugen wo er benötigt werde.

Herr **Dr. Liedtke** informierte, dass das gesamte Stadtgebiet überprüft würde, wenn die Rechtsgrundlagen geschaffen seien. Die Grundlagen liefere der RVR gemeinsam mit dem Landesumweltamt. Er verwies auf die Unterscheidung zwischen Freiflächenphotovoltaik und Photovoltaik auf Dächern. Die Verfügbarkeit müsse jeweils geprüft werden.

Frau **Peppmeier** und **Bürgermeisterin Kappen** ergänzten, dass sowohl für den Technopark als auch für das Vereinsheim des VfL Kamen die Installation von Photovoltaik geprüft werde.

Der Antrag der Fraktionen SPD und CDU zu Freiflächenphotovoltaik in Kamen wird um den Sachantrag der Fraktion B90/Die Grünen (siehe TOP 17.1) erweitert.

Beschluss:

Die Fraktionen von SPD und CDU beabsichtigen das Thema Freiflächenphotovoltaik zu einem Thema der politischen Arbeit im kommenden Jahr zu machen. Dabei wollen beide Fraktionen den Anstoß des GSW-Geschäftsführers aufnehmen und auch für das ehemalige Freibadgelände in Heeren-Werve prüfen, ob hier die Möglichkeit einer großflächigen regenerativen Energiegewinnung gelingen kann. Dazu beauftragt der Rat der Stadt Kamen die Verwaltung folgende Fragen zu klären:

- Ist Freiflächenphotovoltaik auf dem Gelände des ehemaligen Freibades in Heeren-Werve rechtlich zulässig?
- Welche planungsrechtlichen Schritte sind notwendig, um Freiflächenphotovoltaik auf dem Gelände zuzulassen?
- Welche Institutionen sind in einem Genehmigungsverfahren zu beteiligen?
- Inwieweit ist abzusehen, ob neue gesetzliche Grundlagen den Ausbau regenerativer Energie ohnehin priorisieren?
- Sind der Verwaltung in Ergänzung zu dem Vorschlag der GSW weitere Projekte mit ähnlicher Intention in der Stadt Kamen bekannt?
- Ist von dem angesprochenen Gelände ein Netzzugang möglich?
- Gibt es Vorüberlegungen seitens der GSW für ein Messkonzept?
- Ist an der genannten Stelle Stromerzeugung im Sinne der Netzstrategie sinnvoll?
- Was für ein Modell der Einspeisung haben die GSW angedacht und

welche Einspeisevergütung wäre mit einer Freiflächenphotovoltaik zu erzielen?

- Ist ein Modell ausschließlich lokaler Nutzung des erzeugten Stroms denkbar?
- Ist es technisch möglich, dass Flächenphotovoltaik auf ein Ständerwerk gebracht wird, um unter der Freiflächenphotovoltaik Freizeitaktivitäten zuzulassen?
- Sind insgesamt Mehrfachnutzungen des Geländes denkbar?
- Ist ein Modell der finanziellen Bürgerbeteiligung denkbar? Was muss dabei berücksichtigt werden?
- Welche Folgen für Umwelt- und Artenschutz sind auf dem Gelände des ehemaligen Freibads in Heeren-Werve bei einer Errichtung von Freiflächenphotovoltaik zu erwarten?
- Ist eine Errichtung und ein Betrieb von Freiflächenphotovoltaik nach naturverträglichen Kriterien, wie sie der NABU und der Bundesverband Solarwirtschaft e.V. gemeinsam empfehlen, denkbar?
- Welche Dächer, Parkplätze und Freiflächen in städtischem Besitz sind neben dem ehemaligen Freibadgelände für eine Photovoltaik-Nutzung geeignet?

Abstimmungsergebnis: Bei 1 Enthaltung einstimmig angenommen

Zu TOP 17.1.

Sachantrag der Fraktion B90/Die Grünen

siehe TOP 17

Zu TOP 18.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung

Frau **Schulze** teilte mit, dass aktuell 711 geflüchtete Menschen in Kamen wohnhaft seien, davon seien 136 Minderjährige. 468 Menschen kommen aus der Ukraine, 1/3 davon seien Minderjährige. 243 Menschen kämen aus anderen Fluchtregionen. Insgesamt werden zur Zeit 16 unbegleitete Minderjährige in Kamen betreut. Die Erfüllungsquote liege bei 100%.

Frau **Schulze** gab einen kurzen Überblick über die aktuelle Situation der Belvona Service GmbH und verwies auf ihre Ausführungen in der Septemberratsitzung. Die Heizungsanlagen seien seitens der Stadtverwaltung im Wege der Ersatzvornahme instandgesetzt worden, es herrsche keine Unbewohnbarkeit.

Frau Bürgermeisterin **Kappen** verwies auf den ausgelegten Flyer „Ratschlag Energie“ und die Veranstaltung am 19.12.2022 in der Kamener Stadthalle.

Weiter informierte Frau **Kappen** über die Kundgebung „Lichter und Musik für den Frieden“ am 17.12.2022 auf dem Kamener Markt.

Anlässlich des WM-Endspiels werde am 18.12.2022 erneut die Regenbogenfahne gehisst, berichtete Frau **Kappen**.

Die **Bürgermeisterin** teilte die Termine zum Bürgerhaushalt in 2023 mit: 13.03. in Südkamen, 20.03. in Methler, 23.03. in Heeren, 27.03. in Mitte.

Anfragen

Auf die Frage von Frau **Gerdes**, wie alt die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge seien und wie sie begleitet würden, antwortete die **Bürgermeisterin**, dass sie zwischen 15 und 17 Jahre alt seien und in Jugendhilfeeinrichtungen wohnen würden.

Die Frage von Frau **Schneider**, ob für den Anbau am Gymnasium schon eine Baugenehmigung vorliege, verneinte Herr **Dr. Liedtke**.

Auf Nachfrage von Herrn **Kobus** zur Sanierung des Gymnasiums und der Auswirkung auf den Schulgarten antwortete die **Bürgermeisterin**, dass man aktuell im Austausch mit den Beteiligten sei.

Die Nachfrage von Herrn **Eckardt**, ob alle Fragen und Themen rund um den Anbau des Gymnasiums abwägend im Schul- und Sportausschuss behandelt worden seien, bejahte die **Bürgermeisterin**.

Herr **Kuru** bedankte sich im Namen aller Engagierten der Stadtverwaltung für ihre Hilfe für die geflüchteten Menschen.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen lagen nicht vor.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

keine

gez. Kappen
Bürgermeisterin

gez. Watolla
Schriftführer